

Vortragsdisposition

Nr. 4

Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands

I N H A L T

	Seite
<i>I. Grundlagen der Reaktion und des Nazismus</i>	1
<i>II. Der demokratische Weg</i>	4
<i>III. Unsere Forderung zum Aufbau eines anti- faschistisch-demokratischen Deutschlands . .</i>	7
<i>IV. Durch Einheit zur Demokratie</i>	8

Preis 10 Pfg.

Vortragsdisposition Nr. 4

Der Weg des Wiederaufbaus Deutschlands

„Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophe unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären, altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45)

I. Grundlagen der Reaktion und des Nazismus

1. Der rote Faden

Mehring sagte schon, es zieht sich wie ein roter Faden durch die deutsche Geschichte, daß die bürgerliche Revolution nicht wie in den fortschrittlichen Ländern des Westens (Frankreich, England) auch in Deutschland vollendet wurde. Weder in den Jahren 1848 noch 1918 geschah das.

Die Revolution 1848 wurde niedergeschlagen, weil das deutsche Bürgertum nicht die revolutionäre Rolle spielte und aus Furcht vor den Volksmassen Schutz bei der Reaktion suchte. — Infolge des Mißlingens der Revolution blieben die alten reaktionären Kräfte erhalten und verwachsen mit der imperialistischen Bourgeoisie, dies drückte der ganzen Entwicklung den Stempel auf.

2. Träger der Reaktion

Wer aber waren über die Jahrhunderte hinweg diese reaktionären Kräfte, die für unser Volk immer wieder so verderblich waren?

a) Reaktionärer Großgrundbesitz

„Der Hauptträger war eine bestimmte reaktionäre Kaste der ostelbischen Junker, die Barone, Grafen und Fürsten mit den Königen und Kaisern an der Spitze. Die reaktionären Großgrundbesitzer mit ihren Anhängseln bildeten immer „einen Staat im Staate“. Den Interessen des Volkes und den wahren nationalen Interessen standen sie stets feindlich gegenüber. Borniert und rückständig wie kaum eine andere reaktionäre Kaste in einem anderen Lande, waren sie mit Vorrechten ausgestattet; sie stellten dem preußischen Staat die führenden Beamten, dem preußischen Militarismus die Offiziere und Generale.“

(Ackermann, DVZ, 14. 6. 45.)

b) Bürokratie

Jene Kaste, deren Namen in den letzten 150 Jahren immer die gleichen blieben, ob sie die Bülow's oder die Kapp's waren, sie waren immer die Feinde des Volkes und Hüter der Reaktion, der Kapp-Putsch 1920. Der reaktionäre Papen war der Vater des preußischen Staatsstreiches 1932 (Absetzung der Braun-Severing-Regierung) und der unmittelbare Steigbügelhalter des Faschismus.

Hindenburg, der Marschall des ersten Weltkrieges, übergibt als Reichspräsident Hitler die Macht. — Die reaktionären Justiz- und Verwaltungsbeamten konnten vom Faschismus größtenteils in ihren Ämtern gelassen werden. —

c) Das reaktionäre Offizierkorps

Die reaktionäre Militärkamarilla war im wilhelminischen Deutschland stets die entscheidendste Kraft in der Politik. Sie fühlte sich immer als die berufenen Erzieher des Volkes und erzogen durch ihren speziellen preußischen Kasernenhofdrill die Jugend zu einem Kadavergehorsam, der sie bereit machte, auf Befehl die scheußlichsten Verbrechen zu begehen. — Sie waren auch die Hauptkraft im Kriege.

Diese Dreieinigkeit des reaktionären Großgrundbesitzes, der reaktionären Staatsbürokratie und des reaktionären Militarismus ist dem deutschen Volk immer wieder zum Verhängnis geworden.

Nie kam es in der Vergangenheit unseres Volkes zu einer wirklichen demokratischen Erneuerung, weil diese dunkle Macht bisher niemals gebrochen wurde.

d) Der reaktionäre deutsche Imperialismus

Da die Macht der Junker ungebrochen blieb, verflocht sich der deutsche Kapitalismus mit dem Junkertum, es entstand ein spezifisch deutscher „junckerlich-bourgeois Imperialismus“ (Lenin).

Die imperialistischen deutschen Plutokraten, die Krupp und Röchling, die Poensgen und Siemens, sowie die reaktionären Militärs, die Keitel, Jodl und Konsorten schoben die Hitler, Göring, Goebbels und Himmler an die Macht, um mit Hilfe der Nazipartei den zweiten Raubkrieg des deutschen Imperialismus vorzubereiten und durchzuführen.

Denn die Nazipartei war

„eine Partei von Imperialisten, und zwar der gierigsten und räuberischsten Imperialisten unter allen Imperialisten der Welt.“

(Stalin)

Die Fehler von 1918

„Der Kaiser ging, die Generäle blieben,“ schrieb damals mit Recht ein bekannter deutscher Schriftsteller. Es blieben auch die alten reaktionären Beamten und es blieb der junckerliche Großgrundbesitz. Und die Tatsache, daß in Deutschland (wie in England im 17. Jahrhundert, in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts) diese reaktionären Mächte nicht vernichtet wurden, hat nicht wenig dazu beigetragen, daß der Hitlerismus so furchtbare Gewalt über das Denken und Handeln des deutschen Volkes gewinnen konnte.

(Ackermann, DVZ, 14. 6. 45.)

Die reaktionäre Militärclique hatte in Deutschland auch nach 1918 entscheidenden und verderblichen Einfluß auf die Politik. In der Weimarer Republik wurde in allen Krisenzeiten die Macht auf diese reaktionären Militärs übertragen.

Wenn wir nun heute die Forderung erheben, mit dem Nazismus gleichzeitig die feudalen Ueberreste und den reaktionären Militarismus zu beseitigen, so entspricht das sowohl dem dringendsten nationalen Gebot der Stunde als auch einer tiefen geschichtlichen Notwendigkeit.

(Ackermann, DVZ, 14. 6. 45.)

Keine Wiederholung der Fehler von 1918

„Das deutsche Volk wird die gleichen Fehler wie 1918 wiederholen, wird es sich nicht befreien von der verhängnisvollen Ideologie des preußischen Militarismus, des räuberischen Imperialismus und der Hetze gegen die anderen Völker, wird es nicht den Ausweg zu einem neuen demokratischen Deutschland finden und sich nicht den Platz in der Gemeinschaft der anderen Völker erobern. Das alles hängt von dieser Erkenntnis ab. Darum steht die Frage so ernst.“

Wir müssen alles daran setzen, die deutsche Ueberheblichkeit gegenüber anderen Völkern aus unserem Volk herauszubringen und unser Volk zu befreien von der Unterwürfigkeit und Knechtseligkeit gegenüber den eigenen Herren, diesen verfluchten Kadavergehorsam, der das menschliche Gefühl im Menschen erstickt und ihn zu einer willenlosen Maschine übergeordneter Instanzen macht.“

(Pieck, 19. 7. 45, Berlin.)

„Hoffen wir, daß unser Volk nun endlich erkennt, daß der Weg des imperialistischen Raubkrieges zur Katastrophe führen mußte. Unser deutsches Volk muß sich endlich frei machen von der barbarischen Rassenideologie und von dem Gedanken, daß der Einbruch in das Haus anderer Völker ein besseres Leben bringt. Deutschland kann nur aus der Katastrophe herauskommen, wenn das oberste Gesetz des Volkes lautet: Durch friedliche, angestrenzte Arbeit und freundschaftliche Beziehungen zu den anderen Völkern vorwärts zu einem neuen demokratischen Deutschland.“

(Ulbricht, DVZ, 14. 6. 45.)

II. Der demokratische Weg

Darum die erste Aufgabe

1. Vollständige Liquidierung der Ueberreste des Hitler-Regimes und der Hitlerpartei

wie der Aufruf des ZK der KPD vom 11. 7. 45 sagt:

„Mit Hilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapo-Agenten und SS-Banditen, restlose Säuberung aller öffentlichen Aemter von den aktiven Nazisten.

Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der vereinigten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Tefnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben.

Schnellste und härteste Maßnahme gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.“

(Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

Oekonomische Basis entziehen

Ohne die im Aufruf des ZK der Partei unter 6 und 7 angeführten Punkte ist kein erfolgreicher Kampf gegen alle nazistischen Ueberreste möglich.

Punkt 6

„Enteignung der gesamten Vermögen der Nazibarone und Kriegsverbrecher. Uebergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.“

Punkt 7

„Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Uebergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden wie des toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Großgrundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“

Brechung der Macht der Konzerne und Trusts

Schuld am Kriege tragen nicht nur die Naziverbrecher und die reaktionären Militärs, sondern auch die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Trusts und Konzerne. Die Macht der Trusts und Konzerne muß daher gebrochen werden, denn wenn diese finanzkapitalistischen Kriegsverbrecher nicht unschädlich gemacht werden, kann die Demokratie nicht gesichert und der Weg der friedlichen Beziehungen zu den anderen Völkern nicht eingeschlagen werden.

„Ungeheuerliche Dokumente wurden inzwischen gefunden, die aufzeigten, daß es kein Verbrechen der Nazibande gab, an dem die ‚harmlosen Geschäftsleute‘ des deutschen Chemietrusts (IG-Farben) nicht beteiligt gewesen wären. Sie haben Millionen zur Finanzierung der Hitlerpartei gegeben. Sie verdienten Milliarden an Hitlers Krieg, der mit in erster Linie ihr eigener Krieg war. Sie plünderten die okkupierten Länder, mehr noch, sie produzierten Giftgase, mit denen Dutzende Millionen vergast werden sollten.“

(„Die kriegsschuldigen Monopolherren suchen einen Ausweg“, DVZ, 21. 7. 45.)

2. Aufbau der demokratischen Republik

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands.“

(Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

„Wir wollen eine Demokratie, in der die Rechte des werktätigen Volkes ständig erweitert werden und ihm der entscheidende Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Landes gesichert ist.“

„Wir wissen, daß es noch ein weiter Weg ist, bis das deutsche Volk reif wird für die große Idee des Sozialismus, daß es sich erst gründlich befreien muß von der reaktionären Ideologie seiner ganzen Vergangenheit und daß es in seiner Gemeinschaft verstehen muß, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen. Wir verzichten nicht auf den Sozialismus, wenn wir heute die Forderung nach der demokratischen Erneuerung stellen. Wenn diese Erneuerung getragen wird von der inneren Erkenntnis unseres Volkes, wenn jeder an sich selbst ernsthaft arbeitet, dann wird damit auch die Voraussetzung für ein sozialistisches Deutschland geschaffen werden.“ (Pieck, Rede in der „Neuen Welt“, 19. 7. 45.)

3. Die Kommunisten sind die konsequentesten Kämpfer für die Demokratie

a) Der Kampf um die Demokratie

„Es wäre ein grundlegender Fehler, zu glauben, daß der Kampf für die Demokratie imstande sei, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder sie in den Hintergrund zu schieben, zu verdunkeln und dergleichen. Im Gegenteil, wie ein siegreicher Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, einfach unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen konsequenten und revolutionären Kampf für die Demokratie führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“

(Lenin, Band 19.)

b) Kein Verzicht auf den Sozialismus

„Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeutet nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Kampf um den Sozialismus. In einem Volksfront-Deutschland werden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen.“

(Berner Parteikonferenz, Januar 1939, Resolution.)

„Manche Arbeiter wollen jetzt den Sozialismus errichten. Aber wie soll das angesichts der ideologischen Verwüstung, die bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse geht, geschehen? Wie soll das möglich sein, nachdem die Arbeiter mehr als ein Jahrzehnt zersplittert waren und sich eine große einheitliche Partei des werktätigen Volkes erst entwickelt? Wie soll das möglich sein, ohne daß die Werktätigen im konsequenten Kampf um die Demokratie sich einigen und sich in ihren Organisationen wie in der gesamten Organisation des normalen Lebens der Bevölkerung die Erfahrungen erwerben? Es wäre auch falsch, zu denken, daß die Entwicklung in allen Ländern gleichmäßig verläuft. Wir müssen in Deutschland den

- Weg gehen, der den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht, und das wird nicht der gleiche Weg sein wie in anderen Ländern."

(Walter Ulbricht auf der GroÙberliner Funktionärkonferenz, DVZ, 27. 7. 45.)

III. Unsere Forderung zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands

1. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit

„Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen.

Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmertätigkeit auf der Grundlage des Privateigentums.

Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. — Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. —

Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung.

Sicherung der reistlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.“

(Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

2. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes

„Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. —

Umbau des Gerichtswesens gemäß der neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses.

Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten.

Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der Lehre vom „Lebens-

raum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. — Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.“ — (Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

3. Selbstverwaltung

„Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.“ (Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

4. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung

„Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden.

Tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern. Uebergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsbetriebe usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.“

(Aufruf des ZK der KPD, 11. 6. 45.)

Die bürgerlich-demokratischen Umwälzungen vollenden,

das ist unser Ziel heute, und alle genannten Teilfragen unterliegen diesem großen Ziel.

IV. Durch Einheit zur Demokratie

Schon erkennen alle antifaschistischen Parteien die Notwendigkeit der Aktionseinheit, noch stärker müssen wir diesen Gedanken in das Volk tragen, um von oben bis unten Aktionseinheit zu erreichen.

„Das war und bleibt die große Lehre (aus den KZ's): Wir lernten es, Achtung vor den verschiedenen Standpunkten zu haben, trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen, doch den gemeinsamen Weg des Zusammengehens und des gemeinsamen Kampfes zu finden . . .“

(Die antifaschistische Einheit in den Konzentrationslagern, Franz Dahlem, DVZ, 14. 7. 45.)

1. Die Kommunisten ergreifen die Initiative

Im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 heißt es:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage der Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Ueberreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.“

2. Sozialdemokratie auf neuen Wegen

Im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. Juni 1945 heißt es:

„Wir sind bereit und entschlossen, mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher aufs wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, „daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.“

3. Die Christlich-Demokratische Union erklärt

in ihrem Aufruf vom 26. Juni 1945:

„Deutsche Männer und Frauen! Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Rufe zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.“

4. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

veröffentlicht einen Aufruf vom 5. Juli 1945, in dem es heißt:

„Selbstverständlich ist für uns die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien.“

5. Die Einheitsfront der antifaschistischen Parteien

Aufruf der vier demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945:

„Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen.“

„Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 45.)

Material für politische Schulungstage

Herausgegeben vom Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW29, Urbanstr. 71